



Stadt Kamen

Niederschrift

BB

über die
1. Sitzung des Behindertenbeirates
am Montag, dem 18.03.2013
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Frau Beate Siebert
Herr Udo Theimann
Herr Matthias Thomas
Herr Bernhard van Oosten

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Frau Anette Hackländer
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Jauer

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Herr Dietmar Clausing
Herr Ralf Gaber
Herr Klaus Gödecker
Frau Brigitte Hilbk
Herr Helmut Hunsdiek
Herr Werner Krüger
Frau Kerstin Schneider
Frau Frauke van Lück
Herr Jörg Wüster

Verwaltung

Herr Jörg Grudnio
Herr Jörg Mösgen
Herr Willi Präkelt
Herr Christian Völkel

Gäste

Frau Olbricht-Steiner

Entschuldigt fehlten

Frau Daniela Brock

Herr Claus Brumberg

Frau Dagmar Rothmann

Frau Helma Sekunde

Frau Annette Thierig

Frau Gabriela Tönnies

Frau Dr. Renate Weskamp

Frau **Jung** eröffnete die Sitzung. Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen sei. Sie teilte mit, dass aus den Reihen der Ausschussmitglieder mehrere Personen die Verpflichtungserklärung abgeben müssten. Aus Vereinfachungsgründen verpflichtete Frau Jung alle anwesenden Ausschussmitglieder, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Weiterhin teilte sie mit, dass der Tagesordnungspunkt II - Vorstellung des Projektes LÜSA – aufgrund der kurzfristigen Erkrankung der Referentin nicht abgehandelt werden könne.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht zum Handlungsprogramm „Kreis Unna inklusiv-auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung“ Referentin: Frau Olbrich-Steiner, Behindertenbeauftragte des Kreises Unna	
3	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
4	Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr **Mösgen** wies darauf hin, dass der Rat sich dafür ausgesprochen hat als jeweiligen Tagesordnungspunkt 1 im öffentlichen Sitzungsteil eine Einwohnerfragestunde durchzuführen. Damit diese Fragestunde auch im Behindertenbeirat stattfinden könne, müsse ein förmlicher Beschluss gefasst werden. Den teilnehmenden Bürgern solle dann das Recht auf jeweils eine Frage und zwei im Zusammenhang stehende Zusatzfragen eingeräumt werden.

Frau **Jung** bat die Mitglieder um Abstimmung.

Beschluss:

Der Behindertenbeirat beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Behindertenbeirates aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Bericht zum Handlungsprogramm „Kreis Unna inklusiv-auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung“

Referentin: Frau Olbrich-Steiner, Behindertenbeauftragte des Kreises Unna

Frau **Olbrich-Steiner** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpoint-Präsentation.

Einleitend wies Frau Olbrich-Steiner auf die rechtliche Basis für die Herbeiführung der inklusiven Gesellschaft hin. Die seitens der UN verabschiedete Behindertenrechtskonvention stelle seit dem März 2009 geltendes Bundesrecht dar. Hauptmerkmal und Ziel der Inklusion sei das Leben der behinderten Menschen mit ihren Eigenarten und Besonderheiten in der Mitte der Gesellschaft.

Die konkrete Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention soll anhand eines seitens der Bundesregierung beschlossenen nationalen Aktionsplans sowie von auf Länderebene beschlossenen Aktionsplänen erfolgen; in Nordrhein-Westfalen unter der Bezeichnung „Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“.

Frau **Jung** bat um Bekanntgabe einer Quelle, unter der der Aktionsplan des Landes NRW einzusehen ist.

Protokollnotiz: Der Aktionsplan ist im Internet zu finden unter:
www.mais.nrw.de/08_PDF/003/121115_endfassung_nrw-inklusive.pdf

Der heutige Vortrag solle den Weg des Kreises Unna zur inklusiven Verwaltung aufhellen.

Der Kreisverwaltung sei im Jahre 2010 durch Beschluss des Kreistages der Auftrag zur Erarbeitung eines Handlungsprogrammes erteilt worden. Dieses Handlungsprogramm liege nunmehr dem Kreistag zur Beratung und Be-

schlussfassung vor.

Die dem Handlungsprogramm vorgeschaltete Bestandsaufnahme habe ergeben, dass im Kreis Unna 90.000 Menschen mit einer Behinderung leben. 50.000 Menschen davon leben mit einem Behinderungsgrad von 50 und höher. Somit ist fast jeder vierte Einwohner des Kreises von einer Behinderung betroffen. Anhand einer Folie veranschaulichte Frau Olbrich-Steiner die Verteilung der schwerbehinderten Menschen auf die kreisangehörigen Städte. Festzustellen war, dass in der Stadt Kamen kreisweit prozentual betrachtet die meisten schwerbehinderten Menschen leben.

Bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms sei auch von elementarer Bedeutung der fortschreitende Alterungsprozess der Gesellschaft. Da mit zunehmendem Alter die Gefahr des Eintritts einer Behinderung steigt, nimmt zwangsläufig auch die Zahl der Behinderten zu. Weiterhin führt der Fortschritt in der medizinischen Versorgung dazu, dass Personen mit einer Behinderung eine höhere Lebenserwartung haben.

Ebenfalls gelingt es der modernen Medizin zeitiger als früher Behinderungen zu erkennen, so dass auch die Anzahl der jüngeren Menschen mit Behinderungen weiter ansteigen wird. In diesem Zusammenhang wies Frau Olbrich-Steiner auf das Vorhandensein von guten Einrichtungen für die Betreuung junger behinderter Menschen in Kamen hin.

Die immer weiter verbesserte medizinische Diagnostik führe auch dazu, dass vermehrt Behinderungen nach Unfällen bzw. Krankheiten festgestellt würden.

Weitere bestimmende Erkenntnisse für das Handlungsprogramm gewann Frau Olbrich-Steiner auf der im Mai 2012 abgehaltenen Fachtagung in Lünen. Schwerpunktthema war hier unter anderem das Wohnen für Menschen mit Behinderungen. Mit dieser Problemstellung beschäftige sie sich schon seit längerer Zeit. Weiterhin wurden die für behinderte Menschen wichtigen Aspekte Mobilität und Bauen thematisiert. Ebenfalls wurde das Ziel barrierefreie Verwaltung Kreis Unna thematisiert.

Im Nachgang wandte sie sich den Schwerpunktthemen anhand mehrerer Folien detaillierter zu.

Zur Verbesserung der Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen wolle man bis zum Jahr 2014/2015 in 6 geplanten Einrichtungen an unterschiedlichen Standorten im Kreisgebiet 100 Plätze für ein stationäres Wohnen schaffen. Für diese Zwecke seien bereits 2 Grundstückskäufe abgeschlossen worden. Weiterhin solle im Jahr 2014 in Unna eine Suchterkrankungseinrichtung gebaut werden.

Gleichwohl wies Frau Olbrich-Steiner auf die gestiegene Bedeutung des ambulant betreuten Wohnens hin. Sehr viele behinderte Menschen könnten diese Angebote in Anspruch nehmen. Natürlich spielten hier auch die vergleichsweise günstigeren Kostenfaktoren eine Rolle.

Derzeit stelle sich die Situation auf dem Sektor stationäres Wohnen so dar, dass ein Großteil der Leistungsempfänger des Kreises Unna in Einrichtungen außerhalb des Kreisgebietes wohne. Mit der Umsetzung der o.g. Vorhaben wolle man diese in den Kreis zurückholen.

Anhand eines weiteren Schaubildes stellte Frau Olbrich-Steiner Zahlenmaterial über die Inanspruchnahme des betreuten Wohnens im Kreisgebiet durch behinderte Menschen vor.

Frau **Hartig** erkundigte sich, ob man nicht Gespräche mit Wohnungsbaugesellschaften führen könne mit dem Ziel, die Angebotssituation des ambulanten Wohnens zu verbessern.

Frau **Olbrich-Steiner** merkte an, dass die UKBS bekanntermaßen Tochtergesellschaft des Kreises sei. Jedoch seien auch für diese derartige Vorhaben nicht umsetzbar, da nicht ausreichend Fördermittel fließen würden.

Frau **van Lück** teilte mit, dass nach ihrem Kenntnisstand Angebote des betreuten Wohnens für Senioren häufig mit dem Erwerb einer Eigentumswohnung verknüpft würden.

Frau **Olbrich-Steiner** erwiderte, dass ihr das in dieser Form nicht bekannt sei.

Abschließend zu diesem Thema schilderte sie die wesentlichen Parameter, die auch und gerade die Wohnsituation behinderter Menschen beeinflussen werden. Diese sind das Schrumpfen der Gesamtbevölkerung bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft, Anstieg der absoluten und relativen Zahlen der behinderten Menschen sowie ein Anstieg des Bedarfs an barrierefreiem Wohnraum.

Vor diesem Hintergrund ist die Förderung innovativer Wohnprojekte für Senioren, Behinderte und auch Mehrgenerationenverbände voranzutreiben. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass keine ausgelagerten Sonderwohnformen entstehen.

Zum Thema Mobilität erläuterte Frau **Olbrich-Steiner**, dass hier die Nahmobilität für behinderte Menschen vorrangig von Bedeutung sei. Dies bedinge das Vorhandensein von geeignetem Wohnraum in Zentrumsnähe, damit Ziele fußläufig oder auch mit dem Rad erreichbar seien. Auch die Möglichkeit der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sei von Bedeutung.

Auf diesem Sektor habe der Kreis auch gute Möglichkeiten der Einflussnahme, da er Aufgabenträger des ÖPNV und Gesellschafter der VKU sei. Ebenfalls sei man Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte.

Das Angebot der VKU solle in einer der nächsten Sitzungen Herr Feld, Leiter des Verkehrsmanagements der VKU, vorstellen. Vorab wies Frau Olbrich-Steiner schon einmal auf das Bustraining für Senioren und behinderte Menschen hin.

Ziel des Kreises Unna sei es, konkrete Verbesserungen an der Ausstattung von Bussen und Haltestellen seitens der VKU zu initiieren. Details schilderte Frau Olbrich-Steiner anhand eines weiteren Schaubildes.

Frau **Jung** wies noch einmal auf Busse mit der Möglichkeit der Feststellung von Rollstühlen und Rollatoren hin.

Frau **Olbrich-Steiner** teilte weiterhin mit, dass der Kreis Unna auf dem Sektor Bauen dahingehend aktiv werde, dass man Geld in die Hand genommen habe und eine Analyse der kreiseigenen Gebäude in Bezug auf ihre behindertengerechte Ausstattung vornehmen lasse.

Ein aktuelles Beispiel für die durchaus unterschiedlichen Bedürfnisse behinderter Menschen bei der Planung von Bauvorhaben sei die Verlegung des neuen Pflasters auf Gut Opherdicke.

So sei für Rollstuhlfahrer eine möglichst flache, kantenfreie Verlegung gewünscht, sehbehinderte Menschen hätten gern Kanten als Orientierungshilfe.

In Bezug auf die Verwaltungstätigkeit des Kreises sei es geplant, durch Schulungsmaßnahmen den Umgang der Mitarbeiter mit behinderten Menschen u.a. durch verstärkte Bewusstseinsbildung noch weiter zu verbessern. Ein weiterer Ansatzpunkt, der mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden sei, sei die generelle Überarbeitung des kompletten Formularwesens hin zu einer verständlichen, leichten Gestaltung.

Anhand einer weiteren Folie schilderte Frau Olbrich-Steiner das Zusammenwirken der beim Kreis Unna zur Herbeiführung der Inklusion handelnden und beteiligten Kräfte.

Frau **van Lück** erkundigte sich nach konkreten Vorhaben in den Bereichen Schule und Kindergarten. Speziell fragte sie nach, ab wann Förderschulen bei Unterschreitung einer bestimmten Größenordnung geschlossen würden.

Frau **Olbrich-Steiner** lagen hierzu keine näheren Informationen vor.

Herr **Gödecker** äußerte, dass nach seiner Wahrnehmung die Wirtschaft die alten Menschen als Verdienstmöglichkeit entdeckt habe und wies beispielhaft auf die enormen Kosten für das Anbringen einer Badhaltestange hin.

Frau **Jung** wies noch einmal auf den im Internet verfügbaren Entwurf des Handlungsprogrammes des Kreises hin und bedankte sich für den ausgesprochen informativen Vortrag.

Frau **Olbrich-Steiner** bot den Ausschussmitgliedern noch einmal die Möglichkeit an, in unterschiedlichen Arbeitsgruppen ihre Meinung einzubringen.

Frau **Jung** ergänzte, dass auch sie dankbar für jede Anregung sei und diese zielgerichtet weiterleiten würde.

Zu TOP 3.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Keine

Zu TOP 4.

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Keine

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Jung** äußerte den Wunsch, bei der Gestaltung des Bahnhofsumfeldes auch zukünftig auf dem neuesten Stand gehalten zu werden.

Herr **Völkel** teilte mit, dass er aufgrund einer anderweitigen Aufgabenüber-

tragung innerhalb des Rathauses heute letztmalig an einer Sitzung des Behindertenbeirates teilnehmen würde. Er bedankte sich für die langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau **Jung** bedauerte den Abschied des Herrn Völkel und dankte ihm für die hervorragende Kooperation sowie die immerwährende Bereitschaft, behindertenrelevante Veranstaltungen und Messen zu besuchen.

Weiterhin wies Frau **Jung** auf eine Großveranstaltung am 12.04.13 in der Rohrmeisterei Schwerte hin. Im Rahmen der Kampagne „Deutschland wird inklusiv – Wir sind dabei“ haben die Beauftragten für die Belange behinderter Menschen sowohl des Bundes als auch des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Hüppe und Herr Killewald, zur vorerst letzten Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen eingeladen. In diesem Rahmen findet ein Konzert mit anschließender inklusiver Party statt. Die ihr zur Verfügung gestellten 16 Eintrittskarten verteilte Frau Jung an die Ausschussmitglieder.

Frau Jung wies weiterhin auf einen von der Verkehrsgesellschaft im Kreis Unna produzierten Schulungsfilm mit dem Titel „Mobil sein – Mobil bleiben“ hin. Sie sei im Besitz zweier DVD`s, die sie den Fraktionen zur Verfügung stellen wolle.

Herr **Fuhrmann** wies auf die Parksituation für behinderte Menschen im und am neuen Parkhaus am Bahnhof hin. Er fragte nach, inwieweit der Verwaltung Erkenntnisse vorliegen würden, ob die Anzahl der Parkplätze auskömmlich sei.

Herr **Mösgen** teilte mit, dass der Verwaltung hierüber keine gesicherten Erkenntnisse vorlägen.

Frau **Jung** äußerte, dass das Umfeld ausreichend Parkplätze biete und ihr auch keine gegenteiligen Meinungen bekannt seien.

Herr **Hunsdiek** thematisierte die problembehaftete Parksituation am Krankenhaus.

Herr **Mösgen** erwiderte, dass ihm die Problematik bewusst sei. Die Parkflächen am Krankenhaus befänden sich jedoch in privater Hand, und von daher seien die Möglichkeiten der Einflussnahme recht gering. Das Verteilen von „Knöllchen“ sei rechtlich unmöglich. Er bedankte sich für die Anregung und sicherte zu, dass er in dieser Angelegenheit Gespräche mit Herrn Vongehr führen würde, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass unter Umständen auf den dortigen Flächen sogar eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt würde.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Grudnio
Schriftführer